

1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden
Bismarck-Platz 12, 80311
Tel. für Redaktionen: 22011
Einschaltung u. Hauptvertriebsstelle:
Dresden - N. 1, Marienstraße 28/28

Bezugsgebühr bei wöchentlichem Abonnement monatlich 2,40 RM, (einschließlich 50 Pfg. für
Kriegsteuer), durch Postweg 2,40 RM, einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Sozialversicherungsgeld)
bei dem zuständigen Briefkasten, Abonnementnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsend 10 Pfg., Anzeigen-
preis: Die einspaltige Zeile 20 Pfg., für einwöchige 40 Pfg., für dreiwöchige 100 Pfg., für einen Monat
300 Pfg., für drei Monate 840 Pfg., für sechs Monate 1560 Pfg., für ein Jahr 3120 Pfg., bei
Einzelabnahme ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 50 mm breite Anzeigen 200 Pfg.,
außerhalb 250 Pfg., Ceterogengebühr 20 Pfg., Anzeigen für den Auslandverkehr gegen Vorauszahlung

Dredz v. S. Gestalt: Dietrich & Reichardt,
Dresden, Postfach 110, 1066 Dresden
Nachdruck nur mit dem. Verlagsanhang
(Dresden, Walden, 1931g.) Unverändert
Copyright vorbehalten

122,0	G
120,0	G
118,0	G
117,5	G
46,0	G
41,0	R
31,0	R
18,0	H
14,0	H
44,5	H
145,0	G
44,0	G
42,0	b
40,0	b
38,0	b
36,0	b
35,0	b
34,0	b
33,0	b
32,0	b
31,0	b
30,0	b
29,0	b
28,0	b
27,0	b
26,0	b
25,0	b
24,0	b
23,0	b
22,0	b
21,0	b
20,0	b
19,0	b
18,0	b
17,0	b
16,0	b
15,0	b
14,0	b
13,0	b
12,0	b
11,0	b
10,0	b
9,0	b
8,0	b
7,0	b
6,0	b
5,0	b
4,0	b
3,0	b
2,0	b
1,0	b
0,0	b
-1,0	b
-2,0	b
-3,0	b
-4,0	b
-5,0	b
-6,0	b
-7,0	b
-8,0	b
-9,0	b
-10,0	b
-11,0	b
-12,0	b
-13,0	b
-14,0	b
-15,0	b
-16,0	b
-17,0	b
-18,0	b
-19,0	b
-20,0	b
-21,0	b
-22,0	b
-23,0	b
-24,0	b
-25,0	b

Der Kriegszustand über Madrid verhängt

Die Kommunisten stecken Klöster in Brand Siedeln keine Kapitalfrage!

Madrid, 11. Mai. In einem Ministerrat, der am Montagmittag zusammengetreten war, beschloß die Regierung, den Kriegszustand über Madrid zu verhängen. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde das Inkrafttreten dieser Maßnahme durch öffentlichen Ausruf der Bevölkerung bekanntgegeben.

Die Regierung ließ durch Militärflugszeuge Aufrufe an die Arbeiterschaft abwerfen, worin diese zur Annahme der Arbeit aufgefordert wurden. Daraufhin traten zahlreiche Antolagen ihren Dienst wieder an, zahlreiche Geschäfte, die wegen der Unruhen geschlossen hatten, begannen wieder ihre Türen zu öffnen. Zahlreiche sozialistische Redner hielten Ansprachen an die freitretenden Arbeiter, in denen sie über die kommunistischen Methoden aufklärten und aufgefordert wurden, den Streik aufzugeben.

In dieser Zeit hatten die Kommunisten, unterstützt vom Vöbel, ein im Stadtinnern gelegenes Jesuitenklöster in Brand gesetzt, auch das Hauptklöster der Jesuiten, das etwas außerhalb der Stadt liegt. Er handelt sich um einen gewaltigen, erst kürzlich errichteten Bau.

Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Kommunisten, bei denen es auf beiden Seiten Verluste gegeben haben soll. Die Menge hinderte die Feuerwehr mit Gewalt daran, Löschwertstoffe einzusetzen. Auch an drei anderen Stellen der Stadt sind Brände angelegt worden. Wie bekannt wird, steht das Kloster der Carmeliter am Platz von Spanien sowie ein Kloster in einem Vorort in Brand. Zahlreiche Banden von Kommunisten durchziehen unter Abhingen von kommunistischen Plakaten die Stadt und fordern die Bevölkerung zum Kampf gegen das Bürgertum auf. In der letzten Nacht sind in den letzten Tagen zehn Klöster in Madrid in Brand gesetzt worden.

Sämtliche Wärfengeschäfte in ganz Spanien sind auf Anweisung der Regierung eingestelt worden.

Madrid gleicht einem Feuertager. Überall patrouilliert Polizei und Militär zu Fuß und zu Pferde.

Unter dem Druck der Strafe

In einem Kommuniqué erklärt die Regierung, sie wolle den Bestand der Republik mit allen Mitteln verteidigen. Sie hoffe dabei auf die Unterstützung des Volkes, aus dessen verschiedenen Schichten sie unzählige Beweise der Anhänglichkeit erhalten habe. Sie habe folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1. Wiederverhaftung des Generals Berenguer, dem erneut der Prozeß gemacht werden soll. 2. Sofortige Auflösung der höchsten Militär- und Marinegerichte, die die Freilassung Berenguers verurteilt hatten. 3. Verhaftung sämtlicher monarchischer Führer. 4. Einleitung von Prozessen gegen

alle maßgebenden Leute, die während der Diktatur Uebergriffe begangen haben. 5. Gerichtsverfahren gegen die letzten monarchischen Innenminister wegen ihres Vorgehens gegen das Madrider Abergemein.

General Berenguer ist bereits erneut verhaftet und ins Militärgefängnis eingeliefert worden.

Vor der Herausgabe dieser Bekanntmachung erschien im Ministerrat eine

Abordnung unter Führung des Mechanikers Rada,

der bekanntlich den Fliegermajor Franco auf seinem Auszuge begleitet hat. Sie überbrachte, angeblich im Auftrag des Volkes, folgende Forderungen: 1. Auflösung der Zivilgarde. 2. Tötung des spanischen Nationalistenführers Dr. Albaladejo. 3. Hausdurchsuchung in allen Klöstern und größeren Zeitungen nach Waffen. 4. Sofortige Einleitung von Volksgerichten. 5. Rücktritt des Innenministers Raura.

Ein Mitglied der Abordnung verlangte sogar die Freilassung des marokkanischen Freiheitskämpfers Abd el Krim, der bekanntlich von den Franzosen auf der Insel Reunion gefangengehalten wird. Ein sozialistischer Minister antwortete, die Regierung werde mit allen Mitteln Botschaften schicken und alle Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Rada erklärte hierauf, seine Gefinnungsgegenstände wolle die Regierung wohl unterkriegen, könnten aber nicht garantieren, daß das Volk ruhig bleibe, falls die genannten Forderungen nicht in der Hauptsache genehmigt würden.

Die Arbeit der Moskauer Agenturen, die gleich nach dem Sturz der spanischen Monarchie in hellen Scharen ins Land geströmt sind, hat schnell gewirkt. Sozt wäre es nicht denkbar, daß die junge Republik nach wenigen Wochen ihres Bestehens schon mit kommunistischen Unruhen zu kämpfen hat, nachdem die bolschewistische Lehre vorher in Spanien überhaupt noch nicht Fuß gefaßt hatte. Die Geister, die die bürgerlichen Republikaner zielein, um mit ihrer Hilfe das Königtum zu beseitigen, werden sie nun nicht mehr los. Den entsetzten Volksmassen erscheint das Erreichte gering, da es ihnen keine Änderung ihrer Lage gebracht hat, und sie erliegen leicht den Einflüssen von Debern, die noch radikaler auftreten als die neuen Machthaber. Die Bewegung beschränkt sich vorläufig auf Madrid: das spanische Land ist in seiner Eigenart nicht einmal für republikanische und noch viel weniger für bolschewistische Experimente reif. Da aber die politischen Entscheidungen in den Großstädten fallen - man hat das erst bei der Ausrufung der spanischen Republik erlebt, die siegreich durchgeführt, obwohl das gesamte Land eine monarchistische Mehrheit anwies - muß die neue Regierung in diesen Tagen eine schwere Probe bestehen, wenn sie ihre Autorität behaupten will. Im ganzen beschäftigen diese Vorgänge die Vorausage, daß der Umsturz in Spanien kein Abschluß, sondern der Anfang einer Welle von revolutionären Erschütterungen war, die nun das Land heimsucht.

Brünings „unpopuläre Sparmaßnahmen“

Schwerwiegende Kabinettsberatungen

Berlin, 11. Mai. Ein Berliner Abendblatt meldete heute unter Bezugnahme auf die Reichskanzlerrede vom Sonntag, in der Dr. Brüning „unpopuläre Sparmaßnahmen“ angekündigt habe, daß u. a.

eine „Zwangsanleihe“ für die Beamten

im Betrage von durchschnittlich 10 % ihrer Bezüge vorgelesen sei. Diese Maßnahme wird an den zuständigen Stellen als legittime reellen Grundlage entbehrend zurückgewiesen. Daß man sich im Kabinet über etwa notwendig werdende Einriffe in die Sozialversicherung unterhalten hat, wird dagegen nicht in Abrede gestellt, ebenso auch nicht, daß im Kabinet die Frage, ob eine weitere Kürzung der Beamtenehälter sich schließlich doch als notwendig erweisen würde, noch keine endgültige Klärung gefunden hat. Das Kabinet ist sich bisher über diese schwerwiegenden Probleme noch nicht schlüssig geworden, vor allem deshalb nicht, weil beispielsweise ein Abbau der sozialen Leistungen von der Sozialdemokratie unwahrscheinlich zum Anlaß der Einderung des Reichstages genommen werden würde und die Regierung bekanntlich die Ausschaltung des Parlaments bis in den späten Herbst für sehr erwünscht hält.

Heute nachmittags fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über die Durchführung der Maßnahme statt, der man in unternichteten Kreisen für die weitere Entwicklung des Dittelferwerkes eine erhebliche Bedeutung

beimiht. Die Besprechung dauerte bis in die Abendstunden. Au ihr nahmen u. a. teil Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsminister Treutmann, die Staatssekretäre Dr. Pünder (Reichskanzlei), Schäffer (Reichsfinanzministerium), Dr. Bögg (preussisches Ministerium des Inneren), Kräger (preussisches Landwirtschaftsministerium) und der Präsident der Pressenkasse Dr. Lepper. Es ist anzunehmen, daß schon recht bald gewisse Verordnungen erscheinen, die im Interesse der Dittilfe für notwendig erachtet werden.

Vor den Genfer Verhandlungen

Genf, 11. Mai. Außenminister Litwinow hat dem Generalkonferenz telegraphisch mitgeteilt, daß die sowjetrussische Abordnung erst am 16. Mai zur Teilnahme an den Beratungen des Europa-Ausschusses in Genf eintreffen wird. Die Verhandlungen beginnen bereits am Vormittag des 15. Mai. Es muß daher damit gerechnet werden, daß die Aussprache über das deutsch-österreichische Zollabkommen, die zu den wirtschaftlichen Fragen gehört, zu denen Sowjetrußland allein eingeladen ist, erst am 16. Mai nachmittags beginnt. Unter diesen Umständen hält man es hier für unmöglich, daß die Tagung bereits am Sonnabend zu Ende gehen wird.

Am Montag, dem 18. Mai, beginnt die Ratsagung. Unter diesen Umständen rechnet man damit, daß entweder der Beginn der Ratsagung verschoben wird, oder auch am Sonntag Sitzungen des Europa-Ausschusses stattfinden.

Durch die Empfehlungen der Bräunungskommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die Frage der Beschäftigung des deutschen Odens wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. Immer mehr bricht sich ja die Erkenntnis Bahn, daß es sich hierbei nicht lediglich um die soziale Aufgabe handelt, Menschen überhaupt wieder fehsaft zu machen, sie an die Scholle zu binden, sondern daß es hier im besonderen um ein nationalpolitisches Lebensbedürfnis unserer Nation geht. Denn wie an wenigen anderen Stellen Europas ist ja gerade dieser Volkerraum zwischen Oder und Weichsel voller Mängel und Konflikte, sind hier die letzten Grenzen durchaus labil und früher oder später unter allen Umständen einer Korrektur bedürftig. Es fragt sich nur: zu unseren oder zugunsten der Polen. Bekanntlich stehen die Chancen für uns keineswegs gut. Die Polen haben einen großen Geburtenüberschuss, sie sind überdies ein sehr genügsames Volk mit niedrigem Lebensstandard. Bei uns muß man leider, wenn man die letzten Jahrzehnte überhaut, fast eine gegenteilige Entwicklung feststellen, und gerade im Oden wirkt sich das jetzt bereits katastrophal aus, weil die wurzelocker gemachten Volksmassen, dem „Jug nach dem Westen“ folgend, in die industriellen Großstädte abwandern, wo größere „Ausflüchten“ zu finden scheinen, mehr Vergnügungen, und wo schließlich die Wohnsituation unterkriegen, wenn Rot am Mann ist, leichter und reichlicher zu erhalten sind als auf dem Lande. So ist es gekommen, daß wir, die wir uns mit Recht als ein „Volk ohne Raum“ beklagen, dieses deutsche Omland ein „Land ohne Volk“ nennen müssen. Nach einem Gesetz, das im Völkergesetze so sicher wirkt wie die Gesetze in der Natur, muß ein solcher menschenleerer Raum die Begehrlichkeit eines aggressiven Nachbarn anlocken, und die alljährlich werdenden Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze sowie die unverhältnismäßigen Bleibungen aller polnischen Politiker, nicht nur der Chauvinisten, belehren uns ja immer deutlicher, wie weit wir bereits auf diesem Wege sind. Die Güter und Bauernhöfe, die von den alten deutschen Besitzern nicht mehr gehalten werden können oder die man aus Landmüdigkeit freiwillig aufgibt, werden von Polen aufgekauft. So wird deutsches Volkstum allmählich unterminiert und reis gemacht für die Stunde der politischen Entscheidung. — Bei Einsichtigen besteht kein Zweifel, daß dieser verhängnisvollen Entwicklung mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten ist, denn überall liegen die Grenzen rarr und fest um uns, nur nicht hier im Oden. Welt und unermesslich dehnt sich ein fruchtbares Land, das unseren Kindern und Enkeln Deimat sein kann, wenn wir mit unserem Sinn wieder zurückgekehrt sein werden von der Zivilisation der Städte zur Scholle, die doch der Urgrund aller wahren Kultur ist.

Der radikale Gedanke liegt ja sehr nahe, einfach aus dem riesigen Heer der Arbeitslosen einen Siedlerstrom nach dem Osten zu organisieren. Zweifellos würden sich auch genügend viel Menschen finden, die gern dem Glanz der Großstädte den Rücken kehren wollten, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß solche Experimente gar keinen Zweck haben, daß nur ein sehr zähes und entbehrungswilliges Geschlecht fähig ist, wirklich zu „kolonisieren“ und auch, nachdem der erste Sturm der Vegetierung und der Reugier vorüber ist, bei der Stange zu bleiben. Das können eigentlich nur Bauernhöfe, die diese Verbundenheit mit der Erde im Blute haben, alle anderen leiden frühzeitig Schiffbruch und sterben, um eine weitere Hoffnung ärmer, in die Großstädte zurück, aus denen sie herkamen. „Siedeln“ - das ist auch heute noch ein harter und zäher Kampf gegen die Natur, so wie wir es aus der Geschichte der alten amerikanischen Kolonistoren kennen: im ersten Jahre baut man sich eine Hütte, im zweiten, dritten vielleicht ein Blockhaus, und aller Komfort kommt - so Gott will - in Jahrzehnten. Anders kann sich im Grunde ein armes, aber freibleibendes Geschlecht kein neues Land erobern, und so hätten es wohl auch die Polga-Deutschen gemacht, die aus Gewissensnot aus der bolschewistischen Ödne flohen und sich gern bei uns angesiedelt hätten. Aber - siehe da - sie hätten nicht mit dem deutschen Marxismus gerechnet, der es nicht zulassen wollte, daß hier eine Art von Siedlung Wirklichkeit wurde, die auf Kampf, Entbehrung und Selbständigkeit geseht gewesen wäre. Man fürchtete, das könne unangenehme Rückwirkungen haben auf den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft. Aus agitatorischen Befürchtungen, aus Schwäche droffelte man einen Versuch ab, der beispielgebend hätte wirken können.

Siedlung - das heißt für solche marxistischen Kreise: zunächst die alten Güter der „Junker“ zerstückeln und dann: entwurzelte Elemente, die erst zu beweißen haben, daß sie fähig zur Siedlung sind, in ein fertiges, möglichst schönes Nest hineinstecken, damit das Leben in Schöndel und Würde beginnen kann. Es ist ein bezeichnendes Eingeständnis, wenn jetzt ein linksradikales Blatt schreiben muß: „Der Hauptfehler der bisherigen Siedlungspolitik lag darin, daß man ... für die Siedler viel zu fluppe und kostspielige Baulustigkeiten kaufte und damit die Sorge um Bes-